Nacht-Telegramm.

Berlin. Das für den Monat Juni in Metz und Straßburg projectirte Gastspiel von Sarah Bernhardt wurde verboten.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Sommer-Strümpfe u. Socken,
Tricot-Taillen,
Unterjacken u. Hosen,
Normal-Unterkleider,
Unter-Röcke,
Handschuhe, Tücher etc.
empfiehlt
Georg Arnecke,
Strumpf- u. Wollwaaren-Fabrik,
8 Wilsdrufferstr. 8.

= Gardinen =
grosse Auswahl, empfiehlt
G. D. Blass, Wäschefabrik u. Ausstattungsgeschäft,
Marienstr. 5 u. Portikus, part. u. I. Etage.

Moritz Klingner,
Augustusstrasse Nr. 4 (Bazar de voyage),
empfiehlt zur billigen und praktischen Reise
Fournier-Reisekoffer
als Unicum der Leichtigkeit, Solidität und Eleganz.
Grösste Auswahl von Taschen-Necessaires etc.

Lederwaaren-Specialität!
= Reise-Artikel. =
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 2.
zunächst dem Altmarkt.

Adolf Helm liefert die feinsten Oberhemden, Kragen und Manschetten. **Webergasse 32.**

Nr. 141. 30. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 21. Mai: Südwind mittlerer Stärke bei durchschnittlich mittlerer Bewölkung und ohne wesentliche Niederschlägen. Wärmer. Bemerkung: Wetterlage unsicher. | Dresden, 1885. **Donnerstag, 21. Mai.**

Für den Monat Juni

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, Marienstrasse 13, zu 90 Pfennigen, für auswärts bei den Kaiserl. Postanstalten im deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, in der Oesterr.-Ungar. Monarchie zu 77 Kr. excl. Agiozuschlag angenommen.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Noch vor dem Schlusse des Reichstages, mitten im Geschäftsdrange der letzten Tage, nahm der Abg. Ackermann Gelegenheit, seinen Wählern Mittheilungen über den Reichstag zu machen. Obwohl es kein eigentlicher „Rechenschaftsbericht" sein soll, erweiterte sich doch die vom Abg. Ackermann gegebene Darstellung über die ablaufende Reichstagssession thatsächlich zu einem solchen. Dieser Bericht ist jetzt den Lokalblättern, die im 6. sächs. Wahlkreise erscheinen, als besonderes Flugblatt beigelegt worden. Da er eine erschöpfende und wohlgeordnete Uebersicht der Arbeiten des letzten Reichstages enthält, und die lichtvollen Darlegungen Ackermann's von manchen treffenden Bemerkungen begleitet sind, so geben wir im Nachstehenden einen Auszug. Herr Ackermann schildert zunächst die Thätigkeit eines Abgeordneten, der es mit seinen Pflichten ernst nimmt.

Wenn man fast täglich, mit wenigen Ausnahmen, von Vormittags 10 bis Nachmittags 5 oder 6 Uhr und Abends von 8 bis gegen 11 Uhr in Kommissions-, Fraktions- und Plenarsitzungen beschäftigt ist, so hat man seinen Normalarbeitstag erfüllt und behält nicht einmal zu den Vorbereitungen auf die Sitzungen, dem Durchlesen der massenhaften Vorlagen und Petitionen, den Konferenzen und der Korrespondenz in die Heimath ausreichende Zeit übrig. Ich habe in den 17 Jahren, in welchen ich die Ehre genieße, den 6. sächsischen Wahlkreis im Reichstag zu vertreten, recht oft das Bedürfniß gefühlt, mich mit Denjenigen, welche mir eine so lange Zeit hindurch ihr Vertrauen geschenkt haben, über die Aufgaben, die im Reichstage zu erfüllen waren und über die Art, wie ich sie zu lösen bestrebt war, zu unterhalten, aber ich habe Angesichts der Unmöglichkeit, allen Anforderungen, die an mich gestellt worden, gerecht zu werden, immer und immer wieder die Nachsicht der Wählerschaft in Anspruch nehmen müssen. Nach einer Uebersicht über die Stärke der Parteien konstatirt der Bericht die Thatsache, daß die beiden konservativen Parteien und die Nationalliberalen allein nicht über die Mehrheit verfügen, daß aber die Deutschkonservativen und das Centrum mit seinen Annexen eine Majorität zu bilden vermögen. Die Deutschkonservativen, die Deutschfreisinnigen und die Sozialdemokraten stimmen in den meisten Fällen geschlossen, von den anderen Parteien läßt sich das nicht behaupten. Für einige Forderungen der konservativen Partei ist mit Sicherheit auf die Zustimmung des Centrums zu rechnen, für andere auf die der Nationalliberalen. Der **Etat für das laufende Jahr** ist festgestellt. Der bereits einmal gemachte Versuch, den Etat auf zwei Jahre zu fixiren, hat nicht wiederholt werden können, weil dafür eine Majorität im Reichstage nicht zu erlangen ist. Die damit gemachte Probe hat keinerlei Unzuträglichkeiten im Gefolge gehabt. Die Ueberbürdung des Reichstags mit Arbeiten, die jedes Maaß der Billigkeit überschreitenden Anforderungen, welche infolge des Zusammentagens mit dem preußischen Landtag an den Reichstag gestellt werden, gemahnen dringend, auf Abhilfe Bedacht zu nehmen, wenn überhaupt noch auf opferwillige Männer, welche sich zur Annahme eines Reichstags-Mandats entschließen, gerechnet werden soll. Und doch verweigern gerade Diejenigen, welche dem parlamentarischen Regiment am entschiedensten das Wort reden, die Einführung einer zweijährigen Etatsperiode und tragen so wider Willen dazu bei, daß sich das, was sie über Alles hochhalten, abwirthschaftet. Der **Reichshaushaltsetat** schließt sehr ungünstig ab. Die großen Ausfälle in der Tabaks- und der Zuckersteuer und die Anwendung von 20 Millionen Mark, welche durch die Dislokationen der Truppen und Verstärkung der Garnisonen an der östlichen Grenze verursacht worden ist, haben nicht unwesentlich die Einnahmen vermindert und die Ausgaben erhöht. Die Gesammtausgabe des Reichs beträgt rund 621 Millionen Mark. Tief einschneidende Abstriche sind auch nach den Zugeständnissen der Liberalen nicht ausführbar gewesen, und so müssen an Matrikularbeiträgen 123⅗ Millionen Mark statt 84 Millionen im Vorjahre, also nahezu 40 Mill. Mark mehr im Reiche aufgebracht werden. **Sachsen** hatte im Vorjahre an **Matrikularbeiträgen** 4,337,698 Mark zu leisten und ist jetzt mit 6,945,265 Mark eingeziet. Es steht nun zwar zu erwarten, daß durch die Zollerhöhungen und die Börsensteuer eine Vermehrung der Einnahmen und damit eine Minderung der Steuerlast herbeigeführt wird, denn der Antrag **v. Huene**, der über einen Theil der Mehreinnahmen aus den Zöllen zu Gunsten der Gemeinden verfügen will, findet, wenn nicht auch im sächsischen Landtag ein Huene aufsteht, auf Sachsen keine Anwendung. Immerhin ist aber die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Finanzen auch unseres Heimathlandes von dem ungünstigen Abschluß des Reichshaushaltsetats berührt werden.

Die erste Hälfte der Session wurde vorzugsweise von der neuerdings eingeschlagenen **Kolonialpolitik** beherrscht. Diese Politik ist von der großen Mehrheit der Nation freudig begrüßt, ja mit Begeisterung aufgenommen worden. Es mag sein, daß dabei mancherlei Täuschungen unterlaufen, daß die Vortheile, welche man erhofft, nur mühsam und erst in späteren Jahren zu erzielen sind, daß noch viele Ausgaben sich nöthig machen, die man jetzt nicht zu übersehen vermag. Aber Das steht doch fest, daß Deutschland nicht länger passiver Zuschauer bleiben kann, wenn die Welt vertheilt wird, daß Deutschland endlich nachholen muß, was Jahrhunderte lang versäumt worden ist, daß für deutsche Industrie und deutschen Handel neue Absatzgebiete gewonnen werden müssen, wenn wir nicht an Ueberproduktion zu Grunde gehen und die Existenz der Arbeiter ernstlich gefährden wollen. Der Weisheit des großen Kanzlers ist es gelungen, Verwickelungen mit anderen Mächten zu begegnen und allseitig wird nunmehr anerkannt, daß es ein gutes Recht Deutschlands ist, seinen Handel auch in fernen Welttheilen zu schützen und da die deutsche Flagge aufzuziehen, wo der Handel unseres Schutzes bedarf. Der Ackermann'sche Bericht erwähnt sodann der Kämpfe um die 20,000 Mk. für einen 2. Direktor im Auswärtigen Amt, die erst abgeschlagen, dann infolge des Entrüstungssturmes der Nation bewilligt wurden. „Die Opposition war gebrochen und dem Redner der Sozialdemokraten, dem Abgeordneten Liebknecht, blieb es überlassen, darzuthun, wie er nichts von jenem Stolze und jener Freude empfinde, mit welcher wir uns in jetziger Zeit Deutsche nennen." Dann kommt der Bericht auf die Summen, die gefordert wurden für die Afrikanische Gesellschaft, den Bau zweier Dampfschiffe für den Gouverneur von Kamerun und die Gehälter der Reichsbeamten in Kamerun, Togo und Angra Pequena. Auch hier gab es große Debatten, wobei man wagte, von „Interessenschwindel", „bestellter Arbeit" und dergleichen mehr zu sprechen, schließlich aber doch die Forderungen bewilligte. Bei dieser Gelegenheit hielt der Reichskanzler die hochbedeutsame Rede, welche an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ und jenseits des Kanals verstanden worden ist. Unmittelbar nach dieser Sitzung reiste der Graf Herbert Bismarck im Auftrage seines Vaters nach England ab und machte den Herren Engländern den Standpunkt klar.

Ausführlich gedenkt der Bericht der **Postdampfervorlage**. Bewilligt wurden zu allen Postdampferlinien Beihilfen von 4,200,000 Mark jährlich auf die Dauer von 15 Jahren. In dieser Berathung überragte alles Andere eine hochinteressante Rede des Fürsten Bismarck. Sie dokumentirte von Neuem den Scharfsinn und die Thatkraft, wie den warmfühlenden Patriotismus des Kanzlers. Er schilderte mit Begeisterung die Auferstehung von Kaiser und Reich als den deutschen Völkerfrühling und führte mit Schmerz die Gefahren vor, welche dem großen Werke der deutschen Einigkeit durch den Parteihader geschaffen werden könnten. Ich habe den Kanzler unzählige Male reden hören, aber eine solche Begeisterung, eine solche Wärme war noch niemals über ihn gekommen, wie an jenem denkwürdigen Tage. Das Haus durchbrauste, als der Kanzler, dessen Antlitz sich geröthet hatte, dessen Augen feucht geworden waren, geschlossen, ein gewaltiger nichtendenwollender Beifallssturm und die dichtgefüllten Tribünen stimmten in diesen Jubelruf, den ein dankbares Volk seinem ersten Staatsmanne entgegenbrachte, begeistert ein. Nur einmal habe ich in meinem langjährigen Reichstagsleben Aehnliches erlebt. Das war an jenem großen Tage im Jahre 1870, als der Kanzler dem norddeutschen Reichstag die Kriegserklärung Frankreichs mittheilte. Damals manifestirte das brausende Hurrah die Einigkeit der deutschen Stämme im Kampfe gegen den äußeren Feind, diesmal legte der Jubelruf der Vertreter der Nation Zeugniß ab für die Uebereinstimmung des Volkes und der Regierungen in dem Streben, Deutschland überall und weit hinaus die Stellung zu erobern und zu sichern, auf die es Anspruch zu machen berechtigt ist.

Die **Postsparkassenvorlage** beabsichtigte, selbstständige Postsparkassen einzuführen und diese noch dazu mit verschiedenen Vorrechten auszustatten. Wie die sächsische Staatsregierung in richtiger Erkenntniß der Nachtheile, welche damit unseren hochentwickelten Kommunalsparkassen bereitet werden würden, sich im Bundesrathe gegen dieses Projekt erklärt hatte, so bekämpften auch mehrere sächsische Abgeordnete, und unter ihnen der Unterzeichnete, die Vorlage. Kein deutscher Staat wäre, wenn der Entwurf Gesetz geworden, so sehr geschädigt worden in seinen kommunalen Einrichtungen, in seinen Realkreditverhältnissen, wie Sachsen, in welchem jeder dritte Mann Inhaber eines Sparkassenbuches ist. In keinem Falle darf die Post den bestehenden und segensreich wirkenden Sparkassen eine bedrohliche Konkurrenz machen, und die reichen Mittel, welche dabei angesammelt werden, den Einzelstaaten und Provinzen entführen und zu Zwecken verwenden, welche dem Wesen der Sparkassen fernliegen. Die Vorlage ist gefallen. Möge man immerhin die sächsischen Abgeordneten eines reichsfeindlichen Partikularismus anklagen! Wir haben oft genug bewiesen, daß wir gern bereit sind, dem Reiche das zu geben, was ihm gebührt. Aber man soll uns nicht zumuthen, gute und hochentwickelte Institutionen aufzugeben, die wir nicht entbehren können und die von den Partikularstaaten unter Würdigung der lokalen Verhältnisse besser gepflegt werden als von dem Reiche.

Auf dem sozialpolitischen Gebiete sind zwei Gesetzentwürfe an den Reichstag gekommen, der eine bezweckt die Ausdehnung der **Kranken- und Unfallversicherung** auf das gesammte Transportgewerbe, der andere die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter. Der erstere ist Gesetz geworden, der andere ist noch nicht spruchreif und muß wesentlich modifizirt werden. Insbesondere ist an ihm zu tadeln, daß er den eigenartigen Verhältnissen der kleinen landwirthschaftlichen Betriebe nicht ausreichend Rechnung trägt.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 20. Mai

Berlin. Der Kaiser mußte heute noch das Zimmer hüten, befand sich aber nach gut vollbrachter Nacht bedeutend wohler. Seine Schwester die Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin ist, da keine Besorgnisse zu hegen sind, heute früh nach Baden-Baden abgereist. — Der König von Belgien hat wegen der schweren Erkrankung des Fürsten von Hohenzollern seine Reise nach Berlin verschoben.

Berlin. Das Schloß Monbijou, in dem sich das Hohenzollern-Museum befindet, ist heute früh theilweise ein Raub der Flammen geworden. Das Hohenzollern-Museum ist eine Sammlung von Merkwürdigkeiten und Erinnerungsobjekten aus der preußisch-brandenburgischen Geschichte und der des preußischen Herrscherhauses. Es enthält eine reiche Fülle von Möbeln, Geräthen, Waffen, Gemälden, Büsten u. s. w., darunter ungemein werthvolle Gegenstände. Die meisten derselben würden unersetzlich sein. Der Kaiser wie der Kronprinz widmen dem Museum besonderes Interesse und nahmen daher auch regen Antheil an dem Brandunglück. Zum Glück ist von den Sammelschätzen wenig verloren; die werthvollern Gegenstände sind meist unversehrt, andere haben vielfach durch das Wasser der Spritzen gelitten. Es waren sechs Dampfspritzen am Platze. Das Feuer ist in der ersten Stunde in der Wohnung des Kastellans im oberen Geschoß ausgebrochen, wie man sagt, durch eine Heizungsröhre. Das Gebäude ist niedrig und langgestreckt; das ist auch der Grund, weshalb die Rettung der Sammelobjekte in großem Umfange bewirkt werden konnte. Der Brand selbst gewährte einen imposanten Anblick; es machte den Eindruck, daß Alles verloren sei; in Wirklichkeit ist nur der Dachstuhl vernichtet. Das Schloß wurde Ende des 17. Jahrhunderts gebaut und diente 1717 dem Zaren Peter dem Großen zur Wohnung. Das Hohenzollern-Museum okkupirte 23 Säle. Ein anderer unversehrt gebliebener Theil des Schlosses wird von der Landgräfin v. Hessen-Philippsthal-Barchfeld bewohnt.

Berlin. Auf der Tagesordnung der morgigen Bundesrathssitzung steht der Antrag Preußens über die Thronfolge in Braunschweig. Der Antrag geht dahin, die Ueberzeugung der verbündeten Regierungen auszusprechen, daß die Regierung Cumberlands in Braunschweig mit dem inneren Frieden und der Sicherheit des Reiches nicht verträglich sei. Auf der morgigen Tagesordnung steht ferner die Börsensteuer, der Zolltarif und eine Denkschrift des Reichsversicherungsamtes über die Bildung von Berufsgenossenschaften. Da die Entscheidung über die Bildung der Genossenschaften voraussichtlich noch im Mai erfolgt, wird es möglich, die Genossenschaftsversammlungen zur Berathung und Feststellung der Statuten bereits im Juni und Anfang Juli abzuhalten. — Der Commis Eugen Singer, welcher das Fenster im kaiserlichen Palais einwarf und in die hiesige Charitee gebracht worden war, ist als irrsinnig erklärt worden. Er wurde heute von seinen Angehörigen nach Reiße übergeführt. — Bei dem Brande im Schlosse Monbijou soll auch nicht ein Stück in Verlust gerathen sein. Jedenfalls ist Vieles beschädigt. Am meisten bedroht war das Zimmer der Königin Louise, in welchem sich u. A. die Wiege des Kaisers befindet. Wenn auch die im eigentlichen Museum befindlichen Objekte geborgen sind, so ist doch zerstört, was sich auf dem Boden des Schlosses an Büchern, Handschriften und dergl. befand. — Außer dem Lloyddampfer „Adler" hat die Regierung auch den Dampfer „Ehrenfels", Eigenthum der Dampfschifffahrtsgesellschaft „Hansa" in Bremen gechartert. Beide Dampfer erhalten in Wilhelmshaven Segelordre, die erst auf hoher See geöffnet werden dürfen. Die Bestimmung beider Dampfer ist vermuthlich Westafrika. Die Kapitäne haben Befehl, die Anweisung eines beigegebenen Marineoffiziers zu befolgen. — Dem Bundesrath wird demnächst ein Antrag Sachsens auf Verlängerung des Leipziger Belagerungszustandes zugehen. — Der Aufenthalt Courcel's in Paris hat, wie von dort gemeldet wird, hinsichtlich der egyptischen und der damit zusammenhängenden Fragen zu einer vollständigen Uebereinstimmung zwischen Berlin und Paris geführt. Der holländische Delegirte bei der Suezkanalkommission unterstützt energisch die Vorschläge Frankreichs, Deutschlands, Rußlands und der Türkei wegen Einsetzung einer internationalen Ueberwachungskommission. Bismarck wünscht, daß der Türkei der Vorsitz in der Ueberwachungskommission übertragen wird. Italien zögert, England zu unterstützen.

New-York. Aus San Salvador wird gemeldet, es habe eine Revolution stattgefunden, der bisherige Präsident Zaldivar y Lazo habe die Leitung der Regierungsgeschäfte Figueroa überlassen und sich aus dem Lande entfernt. Der Kriegsminister General Melendez habe am 15. d. M. Santana besetzt, sich als Präsidenten proklamirt und werde sich nunmehr nach San Salvador begeben, um die Ruhe wiederherzustellen.

Capetown. Der Häuptling von Khama hat das englische Protektorat angenommen und für die englischen Kolonisten ein bedeutendes Gebiet zur Verfügung gestellt. Das Khama-Land reicht bis zum Zambesi-Flusse.

Die **Berliner Börse** verlief still und ziemlich schwach. Nur deutsche Bahnen machten eine Ausnahme, Mecklenburger waren besonders bevorzugt und 1½ höher, Marienburger dagegen 1¼ niedriger, fremde Bahnen meist abgeschwächt. Leitende Banken waren anfangs matt, später fester, schlossen aber trotzdem etwas schwächer. Dasselbe gilt von fremden Renten, von denen Russen den gestrigen Stand wieder gewinnen konnten. Im Kassaverkehr waren Bergwerke steigend, andere Industrien schwächer. Sächsische Stücke verloren 1¼. Oesterreichische Prioritäten schwächer. Die Verstaatlichung der Mecklenburgischen Friedrich Franz-Bahn wird auf Grund der hier stattgehabten Verhandlungen als sicher bevorstehend angesehen. Geld war sehr willig und für Reportsätze zu mäßigen Sätzen ausgeboten.

Frankfurt a. M., 20. Mai. Credit 250⅞. Staatsbahn 212¾. Lombarden —,—. Galizier 205½. Egypter 61½. 4proc. Ung. Goldrente —,—. Gotthardbahn —. Disconto 192,75. Still.

Wien, 20. Mai. Credit 287,80. Staatsbahn —,—. Lombarden —,—. Nordwestbahn —. Marknoten —. Ung. Credit —. Ung. Gold 97,77. Fest, still.

Paris, 20. Mai. Schluß. Rente 80,45. Anleihe 109,15. Italiener 95,55. Staatsbahn 611,25. Lombarden 283,75. do. Prioritäten —. Spanier 59,60. Oest. Goldrente —. Egypter 321,00. Ottomanen 533,00. Fest.

London, 20. Mai, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 99[illegible]. 1873er Russen 90[illegible]. Italiener 94½. Lombarden 11[illegible]. Türken 16[illegible]. 4proc. fund. Amerikaner 124[illegible]. 4proc. Ungar. Goldrente 80[illegible]. Oesterr. Goldrente 87. Preuß. Consols 102[illegible]. Egypter 63[illegible]. Ottomanbank 11½. Suez-Actien 80[illegible].— Stimmung: Ruhig. — Wetter: Regen.

Stettin, 20. Mai, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen ruhig, loco 170—174, pr. Mai-Juni 175,00, pr. Juni-Juli 174,50, pr. September-October 181,00. Roggen ruhig, loco 140—146, pr. Mai-Juni 146,50, pr. Juni-Juli 150,00, pr. September-October 152,00. Rüböl ruhig, pr. Mai-Juni 50,20, pr. September-October 52,20. Spiritus ermattend, loco 43,00, pr. Mai-Juni 43,50, pr. Juli-August 44,80, pr. August-September 45,90. Petroleum loco 7,60.

Breslau, 20. Mai, Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. pr. Mai-Juni 42,50, pr. August-Septbr. 45,00, pr. Septbr.-Octbr. 45,20. Weizen pr. Mai 172,00. Roggen pr. Juni-Juli 148,00, pr. Juli-August 150,00, Septbr.-October 154,50. Rüböl pr. Mai-Juni 51,50, pr. Septbr.-October 52,50. — Zink umsatzlos. — Wetter: Kühl.

London, 20. Mai. Weizen ruhig, nominell, Angekommener stetig, Mehl träge. Uebriges ruhig, stetig — Wetter: Regen.

Lokales und Sächsisches.

— Dem Photographen Hugo **Engler** in Dresden wurde das Prädikat „Königl. Hofphotograph" verliehen.

— Heute wird die **Stadtverordneten** eine wichtige Position des diesjährigen Haushaltplanes und zwar das Straßenwesen beschäftigen, welches nach der Rathsvorlage eine Summe von 645313 Mark erfordert. Referent ist Herr Staatsbahn-Betriebs-Ingenieur Bartholomäus. Bei der vermittelnden Richtung des diesjährigen Finanz-Ausschusses sind Differenzen zwischen den beiden städtischen Collegien, wie solche bezüglich des Straßenwesens im Vorjahr zu beklagen waren, in diesem Jahre kaum zu befürchten.

— Das Kgl. Ministerium des Kultus hat nunmehr entschieden, daß die alte Nikolaischule in **Leipzig** fernerhin nicht mehr zu Schulzwecken verwendet werden darf. Man wird sich erinnern, daß unter der Leipziger Bürgerschaft ein wahrer Sturm losgebrochen war über die ganz untaugliche, ja, wie behauptet wurde, gefährliche Beschaffenheit der Räume, in denen ihre Kinder, die Schüler der 2. Bürgerschule, trotz aller längst erhobenen Beschwerden und Klagen fort und fort unterrichtet wurden, und die jetzige ministerielle Entscheidung zeigt ja auch, daß die Beschwerden begründete waren. Es herrscht daher in den direkt betheiligten Kreisen der Leipziger Bürgerschaft große Freude und Genugthuung. Inzwischen ist aber auch der Neubau einer 2. Bürgerschule bedeutend gefördert worden.

— Vorgestern Mittag besuchte General-Feldmarschall Graf **Moltke**, welcher, wie schon erwähnt, gegenwärtig bei seinem Neffen, Major a. D. von Burt in Blasewitz besuchsweise lebt, die Albrechtsburg in Meißen. In seiner Begleitung befanden sich außer Major von Burt noch Auditeur a. D. von Süßmilch und Oberstlieutenant von Schreiberhofen. Die Herren langten per Dampfschiff ½12 Uhr in Meißen an, nahmen nach der Besichtigung der Albrechtsburg im Burgkeller das Diner ein und besichtigten dann noch eingehend die Porzellan-Fabrik. Die Rückfahrt erfolgte per Eisenbahn um 6 Uhr. Die Nachricht, daß der große Feldmarschall nahe, hatte sich übrigens in Meißen wie ein Lauffeuer verbreitet und der Dampfschiffslandeplatz war mit Harrenden gefüllt, die die hohe aristokratische Gestalt des Grafen schon von Weitem auf Deck erkannten. Als er an's Land trat, wurde er von Allen ehrerbietigst gegrüßt; die Herren nahmen die Hüte ab, die in Menge erschienenen Realschüler warfen ihre Mützen in die Luft und Graf Moltke dankte für die Huldigung verbindlich durch Lüften des Hutes. Auf dem